



Fotos: Markus Hammes

Haushaltsdebatte

## „Wir dürfen unsere Zukunft nicht verbrauchen“

**Die Sanierung der öffentlichen Haushalte ist für Bundeskanzlerin Angela Merkel eine zentrale Aufgabe der Großen Koalition.**

Die Bundesregierung sei „ganz bewusst“ angetreten, „das Leben von der Substanz schrittweise zu beenden“, sagte die Bundeskanzlerin in der Generaldebatte

des Bundestages zum Haushalt 2007. „Wir dürfen unsere Zukunft nicht verbrauchen.“ Alle Entscheidungen müssten der Nachhaltigkeit dienen.

Zugleich machte die Kanzlerin deutlich, dass sie sich bei ihrer Reformpolitik nicht unter Druck setzen lasse. Die Vorsitzende der ▶

### INHALT

Anti-Terror-Datei:  
Einigung der  
Innenminister  
Seite 5

Ronald Pofalla:  
Religionsfreiheit darf  
nicht zu Laizismus führen  
Seite 6–7

Niedersachsen:  
Wulff im Amt bestätigt  
Seite 10

► CDU Deutschlands machte klar: „Wir lassen uns nicht treiben, sondern durchdenken die Konzepte vernünftig.“ Die Reformprojekte der Bundesregierung dienten dem Ziel, Deutschland wieder zu einem wettbewerbsfähigen Standort im internationalen Vergleich zu machen. Die „Wende zum Besseren“ sei eingeleitet, obwohl noch ein langer Weg zu gehen sei. Ziel sei es, Deutschland im Lauf der nächsten zehn Jahre wieder unter die ersten drei bei Wachstum, Beschäftigung und Innovation zu führen. Den Oppositionsparteien warf die Bundeskanzlerin vor, „permanent das Land negativ zu reden, wie ich es nicht für verantwortlich halte.“ Tatsache sei, dass die Große Koalition Deutschlands Ansehen in der Welt gemehrt habe und auch innenpolitisch die Wende zum Besseren eingeleitet sei.

Im Einzelnen erklärte Merkel, dass sie ungeachtet der erwarteten höheren Steuereinnahmen keine Spielräume für zusätzliche Ausgaben des Bundes sehe.

Stattdessen müsse im Sinne einer nachhaltigen Haushaltspolitik der Schuldenabbau im Vordergrund stehen.

Mit Blick auf die Gesundheitsreform stellte die Regierungschefin klar, dass die Große Koalition die vereinbarten Eckpunkte umsetzen werde. Ziel der Reform sei es, allen Menschen auch in Zukunft die Teilhabe am medizinischen Fortschritt zu ermöglichen. Dies sei eine schwierige Aufgabe, die die Regierung mit aller Ernsthaftigkeit im Interesse der Versicherten lösen werde.

Anlässlich des aktuellen Fleischskandals forderte die Kanzlerin „übergeordnete Standards“, die einen Informationsaustausch über die Bundesländer hinaus ermöglichen. Zugleich rief Merkel die Länder auf, das Verbraucherinformationsgesetz im Bundesrat zu verabschieden, um die Bürger genauer über Gefahren informieren zu können.

Im außenpolitischen Teil ihrer Rede erklärte die Bundeskanzlerin, dass sie Deutschland in einer stärkeren internationalen Verant-

wortung sehe. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr basierten auf deutschen Friedens- und Stabilitätsinteressen, sagte Merkel. Es gehöre zu den Lehren aus den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und den neuen asymmetrischen Bedrohungen, dass unser Land nicht mehr nur Zuschauer, sondern selbst Teil der Ereignisse sei. Daher müsse Deutschland bei der Lösung von Konflikten Verantwortung übernehmen und in den Sicherheitspartnerschaften der Europäischen Union und der NATO mitarbeiten. Es habe sich ein „neues Verständnis von Sicherheitspolitik ergeben“, bei dem innere und äußere Sicherheit nicht mehr klar zu trennen seien, erläuterte die Bundeskanzlerin. Es gehe im 21. Jahrhundert nicht um „Freiheit oder Sicherheit, Freiheit statt Sicherheit, sondern um Freiheit und Sicherheit in unserem Land“. Der Staat dürfe sich niemals dem Vorwurf aussetzen, er hätte nicht alles versucht, um die Sicherheit der Bürger zu

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-220 770-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egernmannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Edition 0 22 26-8 02-2 13, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Pfifflich. Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 370 501 98), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

garantieren. Es dürfe nicht vergessen werden, dass das deutsche Engagement bei Lösungen von Konflikten in der Welt auch die eigene Sicherheit stärke. Hierbei verwies sie auf die erfolgreichen Einsätze im Kongo und in Afghanistan.

Mit Blick auf den Atomstreit mit Iran plädierte Merkel dafür, die Tür für Verhandlungen nicht zu schließen, aber auch nicht tatenlos zuzusehen, wie Iran die Regeln der Internationalen Atomenergiebehörde verletze. Wichtig sei es, die Entschlossenheit und Geschlossenheit der internationalen Staatengemeinschaft zu demonstrieren. Der Gesprächsfaden mit Teheran dürfe auch deshalb nicht endgültig reißen, weil der Iran Einfluss auf die Stabilität des Nahen Ostens insgesamt habe.

In diesem Zusammenhang befürwortete die Kanzlerin den geplanten Einsatz der Bundeswehr im Libanon. Wenn es deutsche Staatsräson sei, für das Existenzrecht Israels einzutreten, dann müsse man auch Ja sagen zum Einsatz deutscher Soldaten in der Krisenregion. „Wir müssen das Existenzrecht Israels sichern“, bekräftigte die Regierungschefin. Aus historischen Gründen schloss sie einen Einsatz

deutscher Kampftruppen im Libanon aus. Angestrebt werde ein „robustes Mandat“, das Waffenschmuggel verhindere. Dazu müsse jedoch das Einverständnis aller Akteure vorliegen, um die deutschen Soldaten keinen unnötigen Gefahren auszusetzen. Auch hier gelte: „Gründlichkeit der Entscheidung geht vor Schnelligkeit.“



Generalsekretär Ronald Pofalla

### Pofalla: Arbeitsmarkt weiter flexibilisieren!

In der Aussprache über den Etat von Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) sprach sich CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla dafür aus, vor allem mit Kombilöhnen ältere und sehr junge Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu bringen. Wenn der Niedriglohnssektor aktiviert werden solle, sei der Weg über den Kombilohn „der richtige“, sagte Pofalla und verwies darauf, dass auch die fünf Wirtschaftsweisen den Ansatz eines Kombilohnmodells unterstützen. Gleichzeitig lehnte Pofalla die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ab. Wer das fordere, werde sich an der Union die Zähne ausbeißen.

Außerdem forderte der Generalsekretär eine weitere Flexibilisierung des Kündigungsschutzes. „Wir brauchen beim Kündigungsschutz weitere und deutlichere Flexibilisierungen, wenn wir den Arbeitsmarkt voranbringen wollen“, sagte Pofalla. Die große Koalition sei gut beraten, sich dahingehend mit Änderungen zu befassen. In bestehende Kündigungsschutzverhältnisse solle aber nicht eingegriffen werden. Daneben plädierte der CDU-Generalsekretär dafür, das Arbeitsrecht grundlegend zu vereinfachen und in einem verständlichen Arbeitsgesetzbuch zusammenzufassen. Dies sei nicht nur richtig, sondern „überfällig“.

Pofalla unterstützte auch Vorschläge der fünf Wirt-



Volker Kauder

schaftsweisen, das Arbeitslosengeld II zu kürzen, wenn ein Arbeitsangebot abgelehnt werde. Ein „System der Leistungsanktionen“ sei notwendig, wenn Bezahler des Arbeitslosengeldes II Jobangebote ablehnten und zur Erbringung ihrer Leistungen nicht bereit seien. Zudem forderte Pofalla im Unterschied zu Minister Muntefering, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung 2007 auch dann stärker als geplant zu senken, wenn der Überschuss der Bundesagentur für Arbeit nicht ausreiche. Die Mittel müssten Pofalla zufolge dann durch Effektivität bei anderen Arbeitsmarktinstrumenten eingespart werden.

Gleichzeitig forderte Pofalla, dort über den Koalitionsvertrag hinaus zu gehen,

wo es für die Menschen sinnvoll sei. Konkret wies er auf die Beschlüsse der CDU zur Beteiligung von Arbeitnehmern an den Ergebnissen ihrer Betriebe hin. „Wir müssen und wir können den Satz ‚Wenn es meinem Betrieb gut geht, geht es auch mir gut‘ mit neuem Leben füllen. Die Mitarbeiterbeteiligung ist hierfür ein guter und richtiger Schritt.“

### Kauder: Große Koalition bringt Deutschland voran

Nach Ansicht des Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder arbeitet die Große Koalition erfolgreicher als von vielen Kritikern erwartet. Union und SPD hätten bereits nach neun Monaten wichtige Ziele der Koalitionsvereinbarung erreicht: „Die Große Koalition bringt Deutschland voran,“ so der Vorsitzende der Unionsfraktion in der Bundestagsdebatte. Zu ihren Erfolgen unter Bundeskanzlerin Angela Merkel zählte Kauder die spürbar gesunkene Zahl der Arbeitslosen. Im August hätte es 430.000 weniger Arbeitslose gegeben als im Vorjahr. Das Wirtschaftswachstum werde 2006 min-

destens 1,8 Prozent betragen – das sei der höchste Wert seit Jahren. Der Beschäftigungsabbau sei zum Stillstand gekommen und die Unternehmen stellten wieder ein. Dies beweise die Zahl von 129.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mehr als im Vorjahresmonat. Außerdem müssten die Prognosen der Sachverständigen vom Jahresanfang erstmals seit Jahren wieder nach oben korrigiert werden – und nicht ständig nach unten, wie bei der rot-grünen Bundesregierung. Hinzu käme, dass der Bundeshaushalt voraussichtlich – erstmals nach fünf Jahren – bereits in diesem Jahr wieder die Defizitgrenzen des EU-Stabilitätspakts einhalten werde. Der Haushalt 2007 sehe eine Neuverschuldung vor, die um 16 Milliarden Euro geringer sei als noch im Jahr zuvor. Außerdem könne die Bundesagentur für Arbeit erstmals seit 1988 Überschüsse verzeichnen. Wenn sich herausstelle, dass diese nicht nur auf einmaligen Effekten beruhen, könne auch der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung weiter als bisher gesenkt werden. „Wenn die Beiträge nicht notwendig sind, werden sie den Beitragszahlern wieder zurückgegeben“, kündigte Kauder an.

Anti-Terror-Datei

## Einigung der Innenminister

**Die Innenminister von Bund und Ländern haben weitere Schritte im Kampf gegen den internationalen Terrorismus beschlossen.**

Nach mehrwöchiger Diskussion verständigten sich die Ressortchefs auf einer Sondersitzung der Innenministerkonferenz (IMK) in Berlin auf die Einführung einer Anti-Terror-Datei. Damit konnte angesichts der angespannten Sicherheitslage nach den fehlgeschlagenen Kofferbomben-Attentaten ein fünf Jahre währender Streit beigelegt werden. Weitere Untätigkeit, so war man sich einig, sei angesichts der veränderten Bedrohungslage nicht hinnehmbar.

Umgesetzt wird die beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden angesiedelte Datenbank nach einem zweistufigen Modell, das in seiner Gesamtheit eine zuverlässige Gefahreneinschätzung ermöglichen soll. Direkt zugänglich für den ausgewählten Kreis der Zugriffsberechtigten werden allgemeine Datensätze zur Identität der überwachten Personen sein. Ein weiterer Datenbestand soll verdeckt gehalten und nur auf besondere Anfra-



Hessens Innenminister Volker Bouffier, Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, Bayerns Staatsminister Günther Beckstein

Foto: dpa

ge herausgegeben werden. Hier werden detaillierte Informationen zur Zugehörigkeit zu terroristischen Vereinigungen, Religionszugehörigkeit, Reisen, Waffenbesitz und Bankdaten aufgenommen. Zugriff werden insgesamt 38 Sicherheitsbehörden haben: Bundes- und Landesbehörden wie Kriminalämter und Verfassungsschutz sowie Bundesnachrichtendienst und der Militärische Abschirmdienst. Weitere Polizeistellen sollen die Datei in begründeten Einzelfällen ebenfalls einsehen können.

Bundesinnenminister Schäuble zeigte sich zufrieden, denn der Beschluss trage allen verfassungsrechtlichen Bedenken Rechnung:

„Das Ding soll funktionieren und nicht nur als Seminar für Verfassungsrechtler dienen.“ Er unterstrich, den Gesetzesentwurf noch im September dem Kabinett zur Abstimmung vorlegen zu wollen. Parallel dazu könne bereits der Aufbau der Datei beginnen.

Den aktuellen Beschluss im Wortlaut sowie ältere Beschlüsse der Innenministerkonferenz finden Sie neben weiteren Informationen rund um die IMK (Aufgaben, Organisation, Geschichte) auf <http://www.stmi.bayern.de/ministerium/imk/>



Ronald Pofalla

## Religionsfreiheit darf nicht zu Laizismus führen

**Im Namen einer falsch verstandenen Toleranz werden zunehmend christliche Symbole aus dem öffentlichen Leben in Deutschland verdrängt. Wir sind stolz darauf, dass Deutschland ein Land ist, in dem Religionsfreiheit herrscht und jeder seinen Glauben leben kann, solange er sich an die Gesetze hält.**

Aber die Bundesrepublik Deutschland ist kein laizistischer Staat und wir müssen dafür eintreten, dass unser Grundgesetz auf den Errungenschaften der christlich-abendländischen Zivilisation basiert. Wir brauchen wieder ein stärkeres Bekenntnis zu diesem christlich geprägten Wertefundament – gerade auch um der Religionsfreiheit willen, die längst nicht in jedem religiös-kulturellen Umfeld gleich gut gedeiht. Eine Gesellschaft, die als Ganzes Halt haben und dem Einzelnen Halt geben soll, braucht kräftige Wurzeln.

Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat kürzlich ent-



Generalsekretär Ronald Pofalla

schieden, dass es eine Ungleichbehandlung sei, wenn eine muslimische Lehrerin in der Schule kein Kopftuch tragen, Nonnen aber im Habit unterrichten dürften, so wie vom baden-württembergischen Schulgesetz vorgesehen. Die Konsequenz wäre letztlich, beides, Kopftuch und Ordenstracht, nicht zuzulassen. Und genau dies ist ja bereits Realität im rot-rot-regierten Berlin: Seit 2005 ist dort durch ein so genanntes „Neutralitätsgesetz“ jegliche religiöse Symbolik im öffentlichen Dienst unter-

sagt. Auch Ordenstrachten und Kippa wurden hier verbannt, weil sie mit dem Kopftuch gleichgesetzt wurden.

Der angesehene frühere Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde ist dagegen der Ansicht, das Kopftuch müsse wie die Ordenstracht zugelassen werden. Er hat das Kopftuch einer muslimischen Lehrerin sogar als „ein Stück Integration“ bezeichnet. Aus

meiner Sicht ist das jedoch irreführend und es besteht die Gefahr, dass zwar von Integration gesprochen wird, weil der Begriff „Multikulti“ mittlerweile keinen guten Ruf mehr hat, aber am Ende doch eine multikulturelle Gesellschaft herauskommen soll. Diese führt aber zur Relativierung unserer Werte und zu Parallelgesellschaften, die sich weit von unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entfernen können – man denke nur an die grausamen Morde im Namen eines pervertierten Ehrbegriffs oder

an die Zwangsverheiratung muslimischer Frauen.

Wenn Kopftücher von muslimischen Lehrerinnen an deutschen Schulen getragen werden dürfen, Kreuzfixe nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aber in Klassenzimmern abgehängt werden müssen, wenn dies nur ein einziges Elternpaar verlangt, fragen sich die Bürger, ob nicht sogar eine über Jahrhunderte gewachsene Kultur verdrängt zu werden droht.

Weitere Fragen ergeben sich, wenn man sich vor Augen führt, dass zum Beispiel der türkische Staat sehr viel restriktiver mit dem Kopftuch umgeht als wir und etwa ein generelles Kopftuchverbot an den Hochschulen gilt. Und selbst Ägypten, das sich als muslimischer Staat versteht und in der Verfassung die „Grundsätze des islamischen Rechts“ als „die Hauptquelle der Gesetzgebung“ nennt, hat 1994 ein Schleier-Verbot an Schulen erlassen. Nicht zuletzt dies macht deutlich, dass das Kopftuch nicht in erster Linie ein religiöses, sondern ein politisches Symbol ist. Es ist Ausdruck des fundamentalistischen politischen Islamismus, in dem Frauen unterdrückt werden. Das ist mit den Werten un-

seres Grundgesetzes nicht zu vereinbaren. Das Kopftuch in der Schule widerspricht auch dem wichtigen Erziehungsziel der Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Mich überzeugt es nicht, wenn nun gesagt wird, die Klägerin habe glaubhaft dargelegt, dass für sie persönlich das Kopftuch nicht mit einer politischen Botschaft verbunden sei. Dies verkennt, dass Symbole auch unabhängig von den Personen, die sie verwenden, Bedeutungen haben und Wirkung entfalten. Das hat zwar auch das Verwaltungsgericht Stuttgart so gesehen, aber gleichwohl den Schluss gezogen, es müsse eine Gleichbehandlung mit der Ordenstracht von Nonnen geben.

Aber anders als mit dem Kopftuch ist mit den Habit von Ordensschwestern oder auch mit der jüdischen Kippa eine politische Botschaft nicht verbunden. Es handelt sich vielmehr um rein religiös-kulturelle Symbole. Es wäre aus meiner Sicht verhängnisvoll, wenn diese mit dem Kopftuch gleichgesetzt würden und diese Gleichsetzung genutzt würde, um diese Symbole unserer gewachsenen – christlich-religiös geprägten – Kultur wie

in Berlin aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Denn diese Kultur ist etwas Positives. In ihrem Mittelpunkt steht der von Gott gewollte Mensch, dessen Würde unantastbar ist. Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sind aus dieser Kultur erwachsen – Errungenschaften, die übrigens auch von Nichtchristen geschätzt werden.

In einem Punkt freilich gebe ich Herrn Böckenförde recht: Wir Christen dürfen unsere Religion nicht weiter in den Bereich der Privatsphäre abdrängen lassen, sondern sollten sie auch öffentlich wieder stärker leben. Dazu gehört allerdings auch die Präsenz christlicher Symbole wie der Tracht von Ordensschwestern im öffentlichen Raum.

## VORANKÜNDIGUNG

### Chat mit Ronald Pofalla

Generalsekretär Ronald Pofalla wird voraussichtlich am 17. Oktober von 18.30 Uhr bis 19.30 Uhr für einen Chat im Mitgliedernetz unter [www.cdu-net.de](http://www.cdu-net.de) zur Verfügung stehen. Das Generalthema des Chats wird das Grundgesetzprogramm sein.

# Standort Berlin eine Zukunft geben

## Die deutsche Hauptstadt braucht eine bessere Wirtschaftspolitik.

Darin sind sich die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, und der CDU-Spitzenkandidat für die Berliner Abgeordnetenhauswahlen, Friedbert Pflüger, einig. Der Tourismus alleine reiche nicht aus, um Metropolen zukunftsfähig zu machen, sagte die Bundeskanzlerin auf dem Kongress „Arbeit für Berlin“, den die Berliner CDU im Konrad-Adenauer-Haus veranstaltete.

Es sei falsch, wenn der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) erkläre, das post-industrielle Zeitalter sei angebrochen. Wowereit hatte in der englischsprachigen Ausgabe der Financial Times gesagt, Berlin müsse „seine Zukunft als nach-industrielle Stadt annehmen und alle Bestrebungen, sein traditionelles Gewerbe wiederzubeleben, aufgeben“. Stattdessen sollte sich die Berliner Wirtschaft auf Dienstleistungen, Tourismus, Mode und junge kreative Unternehmen kon-



Friedbert Pflüger

zentrieren, meinte der Amtsinhaber. „Man darf neu entstehende Arbeitsplätze nicht gegen klassische Arbeitsplätze ausspielen“, hielt die CDU-Vorsitzende dem entgegen. Auch ihr sei klar, dass „keine Wundertüte vom Himmel“ fallen werde, aber mit der CDU könne es besser werden als es ist. Deshalb sei es richtig, dass die Berliner CDU um jeden Arbeitsplatz kämpfe.

CDU-Spitzenkandidat Friedbert Pflüger betonte, mit dem DGB, der IG Metall und den Arbeitgeberverbänden sei er sich darin einig, dass der Standort Berlin eine Chance habe. Dazu müsse es jedoch gelingen, hochmoderne Industriearbeitsplätze und Unterneh-

men wie das Turbinenwerk MAN Turbo anzusiedeln. „Industrie ist nicht alles, aber ohne Industrie ist alles nichts“, betonte der Politiker. Um solchen Unternehmen die Entscheidung für Berlin oder eine Erweiterung ihres Betriebes zu erleichtern, machte Pflüger eine Reihe konkreter Vorschläge.

## Wirtschaftsentwicklung fördern

So könne ein „Industrielotse“ das Management bei der Bestandsentwicklung an die Hand nehmen und durch den Bürokratie-Dschungel führen, erklärte der CDU-Spitzenkandidat. Der rot-rote Senat habe die Unternehmen in den vergangenen Jahren viel zu oft alleine gelassen. Um neue Arbeitsplätze zu schaffen, plädierte Pflüger dafür, die Wissenschafts- und Hochschullandschaft auszubauen. Außerdem schlug er vor, nach dem Vorbild Bayerns Vertreter Berlins ins Ausland zu entsenden, die vor Ort Investoren direkt an-





Auch die Diskutanten in der Podiumsdiskussion waren sich einig: Berlin kann mehr.

sprechen und in die Hauptstadt locken sollen.

Den Beschluss des rot-roten Senats, den City-Flughafen Tempelhof zu schließen, bezeichnete Pflüger als „schweren Fehler“. Viele große Metropolen würden sich heute freuen, wenn sie über eine solche Möglichkeit verfügten. Zuletzt habe die Fußball-WM gezeigt, dass ein solcher City-Flughafen ein klarer Standortvorteil sei. Der CDU-Spitzenkandidat verwies darauf, dass der Flughafen „keine Miesen“ produziere. Geld koste die Immobilie, für die die Steuerzahler auch nach einer Schließung des City-Flughafens aufkommen müssten.

In der anschließenden Gesprächsrunde dankte Lutz

Pscherer, stellvertretender Vorsitzender des Konzernbetriebsrates der Vattenfall Europa AG, der CDU für ihr „klares Bekenntnis zum Industriestandort Berlin“. Dem rot-roten Senat warf er hingegen vor, über kein Industrie- und Energiekonzept für die Hauptstadt zu verfügen. Am Erfolg eines Unternehmens seien maßgeblich die Mitarbeiter beteiligt, betonte Rainer Eppelmann, Mitglied der Regierungsmannschaft Friedbert Pflügers. Dazu müsse man mit der Belegschaft jedoch nicht nur „fair“ umgehen, sondern auch für die notwendige Qualifizierung der Beschäftigten sorgen.

Die mittelständischen Unternehmer Daniela Möl-

ler (Unternehmensgruppe Möller Druck und Verlag GmbH) und Karsten Schulze (Haru Reisen) monierten die Ausschreibungspraxis des Wowereit-Senats. Da die viel zu hohen Steuern und Abgaben Berlins die kleinen und mittelständischen Unternehmen über Gebühr belasteten, hätten sie bei öffentlichen Aufträgen oft das Nachsehen. Denn mit den Billigangeboten aus dem Umland könnten sie nicht konkurrieren. Auf diese Weise richte der Senat nicht nur die letzten Betriebe in der Stadt zu Grunde, sondern er vernichte gleichzeitig Arbeitsplätze. Dass der Senat so seine Einnahmenseite nicht verbessere, liege auf der Hand.

## Wulff im Amt bestätigt

**Auf ihrem Landesparteitag in Braunschweig hat die niedersächsische CDU ihren Vorsitzenden, Ministerpräsident Christian Wulff, mit 96,6 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt. „Alle sind sehr zufrieden, aber keiner ist selbstzufrieden“, sagte Wulff den 400 Delegierten.**

In seiner Rede bezeichnete der alte und neue Landesvorsitzende den Kurs der Bundesregierung als alternativlos: Die Kanzlerin habe „die Weichen in die richtige Richtung gestellt“, sagte er. Die Stimmung in Deutschland steige, das Wachstum nehme zu, und die Maastricht-Kriterien würden erfüllt. Bei Angela Merkel sei „beides in guten Händen, das Amt der Bundeskanzlerin und das Amt der Parteivorsitzenden“. Für sein Bundesland forderte er mehr Beteiligungsgerechtigkeit: „Sozial heißt nicht mehr, mit der Gießkanne durchs Land zu gehen und Geld zu verteilen, das wir sowieso nicht mehr haben.“ Die Politik müsse nicht ziellos subventionieren, sondern faire Grundvoraussetzungen schaffen. So gelte es, den Landshaushalt zu konsolidieren, bevor man z.B. ein beitragsfreies Kin-



Christian Wulff, Angela Merkel und der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (v.l.)

Foto: dpa

dergartenjahr finanzieren könne: „Es ist unmoralisch und unanständig, den Kindern heute den Kindergarten auf Pump beitragsfrei zu stellen und sie als Erwachsene mit Zins und Zinseszins dafür bezahlen zu lassen.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel lobte ihrerseits den Politikstil ihrer niedersächsischen Parteifreunde. Wenn die CDU die Sorgen der Menschen ernst nehme, könne sie es schaffen, Volkspartei zu bleiben: „Vor der Wahl sagen, was man tut und nach der Wahl die Dinge machen“. In ihrer Rede unterstrich die Kanzlerin erneut ihre politischen Zielsetzungen: Wachstum und Beschäftigung seien auf einem guten Weg, aber die Trendwende sei noch nicht gesichert: „Deshalb sind weitere Reformen notwen-

dig.“ Im Herbst stünden bei Hartz IV, der Gesundheits- und der Unternehmensteuerreform schwierige Entscheidungen an. Bei Hartz IV müsse man sich intensiv mit dem Lohnabstandsgebot beschäftigen, mit dem Thema, dass ein Arbeitender mehr als ein Nichtarbeitender haben müsse.

Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden die niedersächsische Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann (94,4 %) , die Bundestagsabgeordnete Maria Flachsbarth (91,6 %) und die Parlamentarische Geschäftsführerin der Unionsfraktion, Martina Krogmann (84,2 %) gewählt. Im Amt bestätigt wurden Landesgeneralsekretär Ulf Thiele und als Landdессchatzmeister der Celler Oberbürgermeister Martin Biermann.

## Kulturstandort Deutschland gestärkt

**Mit dem Entwurf des Kulturretats 2007 ist der Bundesregierung ein kleines Meisterwerk gelungen. In einer notwendigen Konsolidierungsphase bleibt der Etat für Kultur, Kunst und Medien von Kürzungen verschont.**

Damit bleibt das im Koalitionsvertrag abgelegte Bekenntnis zur Bedeutung der Kultur in unserer Gesellschaft glaubwürdig umgesetzt. Die Aussage von Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Kultur in ihrer ersten Regierungserklärung wird hier eindrucksvoll unterstrichen.

Auch – und das wiegt noch schwerer – weist der Gesamthaushalt des Bundeskulturbeauftragten 2007 gegenüber 2006 sogar eine Erhöhung auf und zwar um rund 3,41 %. Gemäß dem Dreiklang der Bundesregierung „Sanieren – Konsolidieren – Investieren“ liegt neben der Bewahrung der bisherigen Kulturförderung der politische Schwerpunkt bei den Investitionen. Diese sind weitgehend ursächlich für die Steigerung des Etats.

Herausragend dabei ist die Investition in die Filmförderung: 60 Millionen Eu-

ro werden ab 2007 bis zum Ende der Legislaturperiode für ein neues Modell der Filmfinanzierung bereitgestellt. Dabei erhalten Filmproduzenten zwischen 15 und 20 Prozent der in Deutschland ausgegebenen Produktionskosten erstattet. Das steigert zum einen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Filmwirtschaft. Zum anderen wird der gesamte Produktionsstandort Deutschland auch für internationale Großproduktionen attraktiver. Angesichts der großen, auch weltweiten Erfolge des deutschen Films in der letzten Zeit ist diese Mittelanlage ein zukunfts-trächtiger Beitrag der Kulturpolitik zu mehr Wachstum und Arbeitsplätzen.

Der zweite Schwerpunkt der Investitionen hängt untrennbar mit der Teilung Deutschlands und der Überwindung der SED-Diktatur zusammen. In ca. 16.500 Säcken lagern jeweils 1750 Papierschnipsel – Unterlagen, die der Staatssicherheitsdienst hatte zerreißen lassen. Sie könnten besonderen Aufschluss über die letzten Jahre der DDR bieten. Daher wird erstmals mit dem Haushalt 2007 ein Pilotprojekt finanziert, in dem mittels eines technisch innovativen Verfahrens der Inhalt von



Wolfgang Börnsen

400 Säcken virtuell rekonstruiert wird. Die Mittel – 3,2 Millionen Euro jeweils für 2007 und 2008 – kommen aber nicht nur politisch-historischen Zwecken zugute, sondern insgesamt der Forschung und Technologie, da das Verfahren auch in anderen Zusammenhängen, z. B. bei der polizeilichen Arbeit, genutzt werden kann.

Gestärkt wird der Kulturstandort Deutschland im Etat 2007 auch durch einen moderaten Zuwachs bei den Zuweisungen an die Länder für bestimmte Einrichtungen, etwa für das Deutsche Museum München, das Deutsche Bergbaumuseum in Bochum oder das Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz. Insgesamt werden für 2007 rund 740.000 Euro mehr veranschlagt als für 2006.

Kultur ist bei der Bundesregierung gut aufgehoben: Mit neuen investiven

Ansätzen im Bereich der Kulturwirtschaft, mit Projekten zur Aufarbeitung unserer Geschichte und mit einer Verstärkung der Bundesmittel für Kultur überall in Deutschland.

**Wolfgang Börnsen** ist der kultur- und medienpolitische Fraktionssprecher.



Peter Bleser

## Agrarhaushalt setzt richtige Prioritäten

**Die Zahlen des im Bundestag diskutierten Bundeshaushaltes 2007 zeigen, dass der eingeschlagene Weg der Regierungskoalition konsequent fortgesetzt wird.**

Auch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz leistet mit diesem Haushalt seinen Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Die Agrar- und Verbraucherschutzpolitik der Bundesregierung setzt ein deutliches Zeichen für Verlässlichkeit und gibt den Menschen dadurch Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Der Bundeszuschuss zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung konnte – trotz knapper Mittel – auf dem aktuellen Niveau gehalten werden. Damit sind Beitragssteigerungen für die

Familien in der Landwirtschaft vermieden worden. Es führt aber kein Weg daran vorbei, dass das System der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften dringend einer Reform bedarf. Ansonsten sind Beitragsanhebungen in Zukunft kaum mehr zu vermeiden. Die erhöhten Mittel für die Verbraucherpolitik stehen klar für die Zielsetzung der Koalition, dem Verbraucherschutz einen hohen Stellenwert zuzuweisen.

Die in den letzten Tagen von der SPD – auch vom mecklenburg-vorpommerschen Landesminister Backhaus – geforderte Übertragung von Finanzmitteln aus der ersten in die zweite Säule der Agrarpolitik wird von uns abgelehnt. Minister Backhaus sollte sich dringend einmal überlegen, wen er eigentlich vertritt. Die Union wird einer Neiddebatte und einer einsei-

tigen Verschiebung unter dem Deckmantel eines vorgeschobenen Wunsches nach mehr Mitteln für die Entwicklung ländlicher Räume nicht zustimmen. Dies wird zu Unfrieden in den ländlichen Regionen führen.

**Peter Bleser** ist der Vorsitzende der Fraktions-AG Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

## Keine Panikmache – Sicherheit von Kernkraftwerken

**Die Sondersitzung des Umweltausschusses hat deutlich gezeigt, dass Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei der Debatte über die Sicherheit deutscher Kernkraftwerke ein durchsichtiges Manöver verfolgen. Ihnen geht es nicht um sachliche Aufklärung sondern um das Schüren von Angst und Unsicherheit.**

Sowohl das Bundesumweltministerium als auch die zuständigen Aufsichtsbehörden haben erklärt, dass Forsmark nicht auf Deutschland übertragbar ist. Auch eine Kurzinformation der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) und des Öko-Instituts vom 22. August 2006 kommt zu



Katherina Reiche

dem Schluss, dass eine Abschaltung von Wechselrichtern oder Umformern in deutschen Anlagen keine vergleichbaren sicherheitstechnischen Folgen hätte, die zum Ausfall von weiten Teilen der Notstromversorgung führen könnten. Die Sicherheitsstandards deutscher Kernkraftwerke entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Es gibt derzeit somit keinen Grund, die Sicherheit deutscher Kernkraftwerke in Frage zu stellen.

Die Überprüfung des Bundesumweltministeriums muss zügig abgeschlossen werden. Erst wenn alle Fakten bekannt sind, können Schlussfolgerungen gezogen werden. Das erwarte ich auch von Bündnis 90/Die Grünen sowie der Linken.

**Katherina Reiche** ist stellvertretende Vorsitzende der Fraktion im Deutschen Bundestag.

## Internationale Migrationspolitik weiterentwickeln!

Der Weltbevölkerungsbericht 2006 „Der Weg der Hoffnung. Frauen und internationale Migration“ zeigt: Das rasante Bevölkerungswachstum belastet vor allem die Entwicklungsländer. Ein weiteres Wachstum der armen Bevölkerungen wird die Ernährungslage zusätzlich verschlechtern und folglich den Migrationsdruck auf Deutschland und Europa verstärken.

Es liegt daher in unserem eigenen langfristigen Interesse, dieser gewaltigen Bewegung mit allen Kräften entgegenzusteuern. Dazu müssen wir Migrationspolitik und Entwicklungspolitik noch weiter und intelligenter verzahnen: Das erwirtschaftete Geld von Migranten in Industrienationen wird häufig an die Zurückgebliebenen in der Heimat geschickt und trägt damit erheblich zur Finanzierung der Entwicklung in den armen Ländern bei. Zur nachhaltigen Verstärkung dieser Entwicklung müssen weitere Anreize geschaffen werden. Zum anderen können Migranten und Migrantinnen noch stärker in die ent-



Christian Ruck

wicklungspolitische Zusammenarbeit eingebunden werden, um die Lebenssituation in den armen Ländern zu verbessern und den Migrationsdruck somit zu entschärfen. Hier können vor allem die in dem Bericht hervor gehobenen Frauen eine zentrale Rolle einnehmen.

Der UN-Migrationsgipfel Mitte September wird wieder ein breites Forum schaffen, um weitere Lösungsanstrengungen zu vereinbaren.

**Christian Ruck** ist der entwicklungspolitische Fraktionsprecher.

## Gebäudesanierungsprogramm – ein Erfolgsmodell

Die Aufstockung der Fördermittel des Bundes für die energiesparende Gebäudesanierung in diesem Jahr ist zu begrüßen. Dieses Programm, das von

CDU und CSU in die Koalitionsverhandlungen eingebracht worden war, ist ein Gewinn für Umwelt und Wirtschaft. Offenbar ist die Nachfrage nach Fördermitteln aus dem Programm durch Eigentümer, Wohnungsunternehmen und Investoren so groß, dass eine Aufstockung des Programms angezeigt war.

In der wärmedämmenden Sanierung von Gebäuden liegt nach wie vor das größte Potenzial zur Einsparung von CO<sub>2</sub>. Finanzielle Unterstützung von Seiten des Staates ist in diesem Bereich im Hinblick auf unsere Klimaschutzziele am effizientesten eingesetzt. Getreu der alten Weisheit, dass Energiesparen die beste Energiequelle ist, ist eine Nutzung der Potenziale des Energiesparens durch die Sanierung von Gebäuden der größte Hebel zur Minderung des Ausstoßes von CO<sub>2</sub>.

Die hohe Inanspruchnahme des Förderprogramms zeigt auch, dass sinnvolle Instrumente zum Klimaschutz von den Menschen angenommen und genutzt werden. Die Bereitschaft in der Bevölkerung, für den Schutz der Umwelt und hier speziell für den Schutz des Klimas etwas zu tun, ist groß. Wenn die Politik diese Bereitschaft erkennt und mit ihren Mit-



Marie-Luise Dött

teilen richtig stützt, ist allen in optimaler Weise geholfen: Der Umwelt, den Menschen und der Wirtschaft.

**Marie-Luise Dött** ist die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion im Deutschen Bundestag.



Ursula Heinen

Euro in die Familien investieren, die diesen ganz direkt zugute kommen. Das Elterngeld wird 67 Prozent des wegfallenden Einkommens ersetzen – mindestens 300 Euro, maximal 1800 Euro –, wenn die Arbeitszeit auf maximal 30 Stunden pro Woche reduziert oder die Zeit vollständig auf die Familienbetreuung verwandt wird. Bei Geringverdienern wird der Betrag aufgestockt, beim zweiten oder weiteren Kind innerhalb einer bestimmten Frist gibt es einen Geschwisterbonus.

Das Elterngeld soll über 12 Monate ausgezahlt werden. Wenn sich beide Elternteile beteiligen, gibt es noch zwei sogenannte Partnermonate dazu. Nach Berechnungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird sich durch die Einführung des Elterngeldes die Zahl der Väter, die die

## Elterngeld auf dem Weg durch das Parlament

**Mit der ersten Lesung Gesetzes zur Einführung des Elterngelds befindet sich das selbige nun auf seinem Weg durch das Parlament. Das Elterngeld ist ein Meilenstein in der deutschen Familienpolitik. Eltern erhalten einen finanziellen Ausgleich für das entfallende Einkommen. Ihnen soll damit wieder mehr Mut zur Entscheidung für ein Kind gemacht werden.**

Der Bund wird mit dem Elterngeld etwa 4 Milliarden



Marco Wanderwitz



Stefan Müller

Partnermonate nutzen, von derzeit fünf auf 27 % erhöhen.

Im Bundestag hat schon 03. Juli 2006 eine öffentliche Sachverständigenanhörung zum Elterngeldvorschlag stattgefunden, so dass mit einer zügigen Befassung zu rechnen ist. Das Elterngeld soll zum 01. Januar 2007 in Kraft treten.

**Ursula Heinen** ist die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der Bundestagsfraktion.

## Generationengerechtigkeit im Zentrum der Politik

Die Bundeskanzlerin hat mit ihrer Rede im Rahmen der Haushaltsdebatte unter dem Tenor „Weil wir die Zukunft nicht verbrauchen wollen, reformieren wir!“ den Nerv der jungen Generation in Deutschland

**getroffen. Generationengerechtigkeit steht im Zentrum der Politik der Bundesregierung und damit die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.**

Der Bundeshaushalt 2007 setzt ermutigende Signale in die richtige Richtung. Er schlägt einen anderen Weg ein, als die rot-grüne Haushaltspolitik und der „Abschlusshaushalt“ von sieben Jahren Rot-Grün 2006. Was wir brauchen, ist aber nicht nur die Einhaltung der fiskalischen Maastricht-Kriterien und die Verfassungsmäßigkeit des Haushaltes. Das Ziel ist das Ende der Neuverschuldung und mittelfristig der Schuldenabbau – das muss angesichts der erdrückenden Verschuldung und des nach wie vor vorhandenen strukturellen Haushaltsdefizits klar sein. Wir müssen die konsumtiven Ausgaben im Haushalt konsequent weiter reduzie-

ren und die freiwerdenden Mittel in die Zukunft – in Bildung, Forschung, Innovation und Familienförderung investieren.

**Marco Wanderwitz** ist der Vorsitzende der Jungen Gruppe der Bundestagsfraktion, **Stefan Müller** sein Stellvertreter.

Aktuell stehen auf der Homepage der Bundestagsfraktion unter [www.cducsu.de](http://www.cducsu.de) folgende Eckpunkte-Papiere zum Download bereit

- Eckpunkte zu einer Gesundheits-Reform 2006 (PDF, 55 S.)
- Eckpunkte zur Unternehmen-Steuerreform (PDF, 3 S.)
- Materialien zur Föderalismusreform (Reden, Gesetzentwürfe, Beschlüsse etc.)
- Übersicht über die wesentlichen Punkte der Föderalismus-Reform (PDF, 6 S.)
- Positionspapier Für einen Nationalen Aktionsplan Integration (PDF, 4 S.)





### Sonnenschirm „FU“

Bestell-Nummer: **0047**  
 Preis je **1 Stück: 53,00 €**  
 inkl. MwSt.: 61,48 €



### Pfefferminztabletten „FU“

Bestell-Nummer: **9095**  
 1 kg ca. **333 Stück: 18,00 €**  
 inkl. MwSt.: 20,88 €



### Tasse „FU“

Porzellantasse 0,25 l Inhalt

Bestell-Nummer: **9106a**  
**1 Tasse inkl. Einzelverpackung: 5,50 €**  
 inkl. MwSt.: 6,38 €

Bestell-Nummer: **9106b**  
**6er Karton Tassen: 30,00 €**  
 inkl. MwSt.: 34,80 €



**Einkaufswagen-Chip**

Bestell-Nummer: **9243**  
 Preis je **50 Stück: 15,50 €**  
 inkl. MwSt.: 17,98 €

**Kugelschreiber**

Bestell-Nummer: **9268**  
 Preis je **50 Stück: 11,00 €**  
 inkl. MwSt.: 12,76 €

**Stoffbeutel**

Bestell-Nummer: **9241**  
 Preis je **10 Stück: 7,50 €**  
 inkl. MwSt.: 8,70 €

**Pfefferminzriegel**

Bestell-Nummer: **9242**  
 Preis je **50 Stück: 14,50 €**  
 inkl. MwSt.: 16,82 €

**Regenschirm Super-Mini von Samsonite**

Bestell-Nummer: **9240**  
 Preis je **Stück: 9,50 €**  
 inkl. MwSt.: 11,02 €





### Kugelschreiber

Bestell-Nummer: **9102**  
 Preis je **100 Stück: 24,00 €**  
 inkl. MwSt.: 27,84 €



### Bleistift

Bestell-Nummer: **9036**  
 Preis je **100 Stück: 13,50 €**  
 inkl. MwSt.: 15,66 €



### Taschentücher „Freiheit für alle Nasen“

Bestell-Nummer: **9637**  
 Preis je **144 Stück: 28,00 €**  
 inkl. MwSt.: 32,48 €



### Notizblock

Format DIN A7, 50 weiße Blätter

Bestell-Nummer: **9813**  
 Preis je **50 Stück: 28,00 €**  
 inkl. MwSt.: 32,48 €

### Aufnahmeantrag

Bestell-Nummer: **6719**  
**200 Stück kostenlos!**



### Aufnahmeantrag Kurzfassung

Bestell-Nummer: **6080**  
**200 Stück kostenlos!**



### Leitfaden Mitgliederwerbung Farbe bekennen. Mitglied werden.

Bestell-Nummer: **4019**  
 Preis je **25 Stück: 14,50 €**  
 inkl. MwSt.: 15,52 €



### Leporello mit Aufnahmeantrag – Kurzfassung Farbe bekennen. Mitglied werden.

Bestell-Nummer: **5932**  
 Preis je **100 Stück: 16,50 €**  
 inkl. MwSt.: 17,66 €



### Wandzeitung für Ihre Werbekampagne DIN A2 quer

Preis je **10 Stück: 8,00 €**  
 inkl. MwSt. und Versand



Bestellung richten Sie bitte per E-Mail an:  
 bestellungen@ubg-medienzentrum.de  
 oder per Fax an 02226-802333.

UBG  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, DPAG  
Entgelt bezahlt.



## CDU-Regenschirm

Bestell-Nummer: **9658**  
Preis je **Stück: 7,70 €**  
inkl. MwSt.: 8,93 €

## BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
CDU-Kundenbetreuung  
Telefax 05241-8094165  
E-Mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

Nutzen Sie auch unseren  
E-Shop unter  
[www.cdunet.de](http://www.cdunet.de)